

Neues aus dem Institut

Quartalsbericht des Instituts für deutsche Studentengeschichte (IDS) der Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte (GDS)

Nr. 21a, Sondernummer September 2026

Wenn Sie mit der Zusendung dieser Mitteilung nicht einverstanden sind, geben Sie uns bitte einen kurzen Hinweis. Wir stellen den Versand dann unverzüglich ein.

Postanschrift:

Institut für deutsche Studentengeschichte,
z. H. Herrn Dr. Friedhelm Golücke,
Stadt- und Kreisarchiv Paderborn,
Pontanusstraße 55,
33102 Paderborn

Email-Anschrift:

gds-institut@paderborn.de

Redaktion:

Carsten Müller: carsten_mueller_1306@yahoo.de
Friedhelm Golücke: f_goluecke@outlook.com

IDS-Neuerscheinung: Studentische Freikorps zur Subskription

Die Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Studentengeschichte hat "Zuwachs" bekommen

Mit dem 2018 erschienenen "Studentenwörterbuch – Studenten und Hochschule von A bis Z" von Friedhelm Golücke wurde die Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Studentengeschichte begonnen. Danach sind weitere Arbeiten zur Studentengeschichte erschienen. Derzeit wird die

mehrbändige Arbeit von Dr. Bernhard Grün über die Kameradschaften des NSD-Studentenbundes veröffentlicht. Jetzt wurde diese Schriftenreihe mit dem von Bernhard Schroeter verfassten zweibändigen Buch "Gerufen von der Republik – (Korporations-)studentische Freikorpseinsätze von der Novemberrevolution bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages" fortgesetzt.



Novemberrevolution in Berlin: Revolutionäre am Brandenburger Tor

Der Verfasser

Schroeter, studierter und promovierter Historiker, hat damit seine bereits veröffentlichte Dissertation vor allem um die Auseinandersetzungen in mitteldeutschen Hochschulstädten zwischen linksradikalen Gruppierungen aller Art auf der einen und bürgerlichen auf der anderen Seite erheblich erweitert. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf dem von der Professorenschaft unterstützten Kampf der Studenten, um ihre durch Übergriffe der radikal-sozialistischen Arbeiter-

und Soldatenräte bedrohten akademischen Freiheit.

Vorgeschichte

Der unmittelbar nach der Novemberrevolution am 9. November 1918 unter den sozialistischen Parteien, den Mehrheitssozialisten (Sozialdemokraten) auf der einen und den radikalen Unabhängigen Sozialisten, unterstützt von Spartakisten/Kommunisten, auf der anderen Seite entbrannte Kampf um die politische Macht im Reich, in den Ländern und in den Kommunen weitete sich bis zum Hamburger Oktoberaufstand und dem Hitler-Ludendorff-Putsch am 9. November 1923 zum fünf Jahre dauernden „Deutschen Bürgerkrieg“ aus, mit allen bürgerkriegsüblichen Grausamkeiten. Die „Linke“ wollte eine neue staatliche Ordnung in der noch jungen Republik herstellen, obwohl sie nicht genau wusste, wie sie aussehen sollte und mit welchen Personen sie diese neue Ordnung durchsetzen wollte. Zugleich mussten aber gemäß den Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten die bedrohten Ostgrenzen des Reiches militärisch gesichert werden. Dabei flammten die Kampfhandlungen immer wieder zu unterschiedlichen Zeiten an wechselnden Orten auf, hatten keinen eindeutigen Frontverlauf und erschwerten geordnete politische und wirtschaftliche Verhältnisse. Außerdem kam es immer wieder zu (General-) Streiks, die empfindlich in das öffentliche Leben eingriffen.

Beginn der Unruhen

Bereits die erste Revolutionsphase von der Novemberrevolution bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Deutschen Reich war gekennzeichnet von gewaltsamen Aufständen, politischer Instabilität und wirtschaftlicher Krise. Die von der Revolution überraschte Mehrheit der Bevölkerung mit Unternehmern, Gewerbetreibenden, Freiberuflern, höheren Beamten, Ange-

stellten und Arbeitern fügte sich jedoch ohne Widerstreben in die neuen Verhältnisse. Denn die Monarchie und der alte Staat hatten ihre Autorität verloren.

Doch verwahrte sich die Bevölkerungsmehrheit gegen die gewaltsame Einführung eines bolschewistischen Rätesystems und brachte dies durch ihre Stimmabgabe bei allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen für das Reich, die Länder und die Kommunen zum Ausdruck. Die bereits durch die Novemberrevolution bewirkten Veränderungen genügten ihr.



Novemberrevolution in Berlin: Streikende

Ausbruch der offenen Kämpfe

Doch in den verlustreichen Weihnachtskämpfen um das Berliner Schloß zwischen regierungstreuen Resttruppen des alten Heeres und Einheiten der kommunistisch infiltrierten Volksmarinedivision wurde den Mehrheitssozialisten im Rat der Volksbeauftragten ihre militärische Ohnmacht vor Augen geführt. Sie hatten sich zwar zuvor der Unterstützung der Obersten Heeresleitung vergewissert, doch konnten sie alle nicht ahnen, dass ihnen die Kampf- und Kampfunterstützungstruppen unmittelbar nach deren Rückkehr aus dem Felde nahezu vollständig wegbrechen würden.



Volksmarinedivision, Kampf um das Berliner Schloß Weihnachten



Maschinengewehrposten, Volksmarinedivision am Berliner Schloss-Brunnen

Da die Resttruppen des alten Heeres nicht mehr einsatzfähig und Polizeitruppen entweder politisch unzuverlässig oder zahlenmäßig zu schwach waren, waren die neuen Regierungen auf Reichs- und Länderebene deshalb auf Freikorps als neue Machtmittel angewiesen.

Januarputsch

Wegen des am 5. Januar 1919 in Berlin ausbrechenden Januarputsches von Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten, übertrug daher der Rat der Volksbeauftragten seinem Mitglied Gustav Noske nahezu diktatorische Vollmachten und beauftragte ihn mit der Niederschlagung des Aufstands. Um einen demokra-

tischen und republikanischen Staat zu errichten und zu schützen und die Außengrenzen zu sichern, gab es für die Reichs- und Länderregierungen daher nur die Möglichkeit, auf Freikorps zurückzugreifen. In ähnlicher Weise gingen die Regierungen in Württemberg und Bayern aufgrund ihrer Reservatrechte vor. Die Durchsetzung aller dieser Regierungsaufträge sollte nun das Verdienst von Freiwilligen werden, die in die sich neu bildenden Freikorps eintraten. Dazu gehörten nicht nur Studenten der Groß-Berliner Hochschulen, sondern auch Stuttgarter, Tübinger, Erlanger und Münchener Studenten sowie von anderen Hochschulen.



Freikorps Epp, dabei Erlanger Studenten im Straßenkampf München (vermutlich nachgestellt)

Unter Freikorps sind außerhalb des stehenden Heeres von Freiwilligen – vielfach ohne Ermächtigung oder Wissen der politischen und militärischen Führung – aufgestellte selbständige Kampf- und Kampfunterstützungstruppen (Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pioniere) unterschiedlicher Stärke bis etwa Divisionsgröße zu verstehen. Sie gliederten sich und kämpften nach herkömmlichen militärischen Grundsätzen. Offi-

ziere und Unteroffiziere des aktiven Dienstes oder der Reserve übernahmen meist die Führung der Freikorps. Für die Führung eines Freikorps waren nicht der bisherige militärische Dienstgrad, sondern Persönlichkeit und militärische Leistung maßgeblich. Kriegsgediente aller Dienstgrade und ungediente Freiwillige aller sozialen Gruppen stellten die Mannschaften.



Artilleriestellung, Freikorps vor Kaufhaus Tietz Berlin

Arten von Freikorps

Es gab hinsichtlich des zeitlichen Einsatzes verschiedene Arten von Freikorps. Dies waren zunächst die dauernd unter Waffen stehenden aktiven Freikorps, denen nur wenige Studenten angehörten. Diese Freikorps wurden nach Aufstellung der Vorläufigen Reichswehr ab März 1919 sukzessive entweder aufgelöst oder in die Reichswehr oder in den Polizeidienst übernommen. Daneben gab es aus Zeitfreiwilligen bestehende Freikorps, die wie die Reservesicherheitskompanien der Tübinger Korporationen un-

mittelbar nach Beendigung eines Feldzuges unverzüglich an ihre Hochschulen oder ihren Arbeitsplatz zurückkehrten. Einzelne Studenten oder Angehöriger anderer sozialer Gruppen dienten als Zeitfreiwillige einzeln in aktiven Freikorps. Die dritte Gruppe der Freikorpskämpfer diente in Teilzeit an einem oder mehreren Wochentagen neben Studium oder Arbeit meist zur Unterstützung der Polizei oder zur Wahrnehmung von militärischen Wachdiensten.



Angehöriger der Tübinger Stifftsverbinding Igel nach Einsatz in München auf Abtransport/ Heimreise

Die oberste politische Führung der Freikorps hingegen lag immer bei Gustav Noske als Volksbeauftragter für Heer und Marine und danach als Reichwehrminister im ersten Kabinett Scheidemann. Die oberste militärische Führung lag hingegen bei der Obersten Heeresleitung und in den Ländern bei den zuständigen Generalkommandos. Für die Einkleidung, Bewaffnung, Ausrüstung und Versorgung inkl. mobiler Löhnung (Wehrsold) und Versorgung waren entsprechende Depot-/Verwaltungseinrichtungen des alten Heeres zuständig. Eine wichtige Aufgabe der höheren Stäbe war auch die Organisation des Eisenbahntransportes für den überörtlichen Einsatz der Freikorps.

Öffentliche Meinung

Bis in die heutige Zeit geht den freiwilligen soldatischen Kampfeinsätzen aktiver Offiziere und Unteroffiziere sowie von (Korporations-) Studenten und Freikorpskämpfern anderer gesellschaftlicher Gruppen für die durch Wahlen legitimierten Regierungen nach der Novemberrevolution von 1918 ein denkbar schlechter Ruf voraus. Sie werden ohne weitere Begründung schlichtweg als „Desperados“ bezeichnet, für

andere sind sie ohne jeden Nachweis „eine Hochburg antijüdischer Feindseligkeit“.

In der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung waren die gegen die Spartakisten eingesetzten Freikorps „ausgesprochene Klassenkampfformationen der Bourgeoisie, der preußisch-deutschen Junker- und Militaristenklasse und der mit ihnen verbündeten Führungselite der SPD“. Zu den Freikorps gehörten „Offiziere, Studenten, asoziale Elemente aus den Randschichten der Arbeiterklasse und aus der Bauernschaft“.



Barrikade, Kommunisten im Kampf um Berlin

Mit zu den Freikorps soll auch die Technische Nothilfe (TeNo), das „Freikorps der Arbeit“, gezählt werden, die erstmals im Verlauf des Januaraufstands 1919 der Spartakisten in Berlin

aus freiwilligem technischem Personal des Heeres und der Marine aufgestellt worden war, um die Allgemeinheit vor schwerwiegenden Streikfolgen zu bewahren. Im Unterschied zu den Freikorps war ein Kampfeinsatz für sie nicht vorgesehen. Waffen wurden deshalb lediglich zur Selbstverteidigung getragen. Die TeNo sollte vor allem die Betriebsbereitschaft als lebenswichtig eingestufte bestreikter Betriebe wie Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke, Krankenanstalten, die Reichsbahn, die Post oder die Lebensmittelindustrie „im Notbetrieb“ gewährleisten und Sabotageschäden beseitigen. Zahlreiche (Korporations-)Studenten stellten sich hierfür als Zeitfreiwillige zur Verfügung. Für die Freien Gewerkschaften und vor allem für die KPD war die TeNo jedoch eine „staatlich gelenkte Streikbrecher-Organisation“ und damit „Teil des Klassenkampfes“.

Zusammenfassend ist für alle Freikorpsarten festzuhalten, dass es nach dem 3. polnischen Aufstand vom 2. Mai bis 5. Juli 1921 keine aktiven Freikorps mehr gab. Ihre Reste sammelten sich vor allem in Bayern (Marinebrigade Ehrhardt, Bund Oberland) als loser kameradschaftlicher Zusammenschluss. Einige Freikorpskämpfer bildeten dort unter Führung von Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt den Grundstock der terroristischen Organisation Consul (O.C.). Diese Freikorpsreste erfüllten dann nicht mehr die für ein Freikorps geltenden Kriterien.

Soziale Zusammensetzung der Freikorps

Eine wesentliche, über ihren Anteil an der Gesamtbevölkerungsanteil hinausgehende Gruppe unter den Freikorpskämpfern waren vor allem die Korporationsstudenten, die vielfach als kriegserfahrene Soldaten zum nicht geringen Teil sogar untere Reserveoffiziers- bzw. -unteroffizierdienstgrade besaßen. Wenn sie nicht auf einem ihrem Dienstgrad entsprechenden Dienstposten eingesetzt werden konnten, dienten sie als einfache Mannschaften. Neben Studenten gehör-

ten auch ältere Schüler und Akademiker weit über ihren prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung hinaus den Freikorps an.

Die übrigen Mitglieder der Freikorps kamen vorwiegend aus bäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten wie Handwerker, untere Angestellte und Beamte. Oft war Arbeitslosigkeit der Hauptgrund zum Freikorpseintritt. Die Bauern kamen häufig aus den Grenzgebieten des Reiches, aus denen sie vertrieben worden waren oder aus den Kolonien. Die bei den Mehrheitssozialisten, den Unabhängigen oder Freien Gewerkschaften organisierten oder diesen nahe stehenden Industriearbeiter waren in den Freikorps so gut wie gar nicht vertreten. Die militärfeindliche Agitation der USPD, der meisten Arbeiter- und Soldatenräte und nicht weniger sozialdemokratischer Funktionäre hielt viele aus der politisch gemäßigten organisierten Arbeiterschaft von einem Eintritt in die Freikorps ab.

Die soziale Zusammensetzung der Freikorps wird allgemein und am Beispiel bayerischer Freikorps ausführlich erörtert.

Die in der Literatur gegebenen Freikorpsdefinitionen, z. B. Generals-/ Marinefreikorps, Freikorps für den Grenzschutz Ost usw., sind aus militärischer Sicht für eine sachliche Untersuchung ungeeignet, da sie nicht überschneidungsfrei sind und auch nicht die Probleme der politischen Einsatzverantwortung, die Aufgaben der übergeordneten militärischen Führung, der Versorgung oder der Verwaltung und Ausrüstung durch Dienststellen des alten Heeres in ihre Definition einbeziehen. Dadurch wird der unzutreffende Eindruck erweckt, dass Freikorps ohne Regierungsauftrag eine Art Privatkrieg gegen „die Arbeiter“ führten. Dies war jedoch nicht der Fall.

Die Freikorps hatten sich in jeder Lage diszipliniert verhalten, der Regierung gehorcht und keine Übergriffe begangen. Außerordentliche

Kriegsgerichte verurteilten nach Beendigung der Kampfhandlungen straffällig gewordene Spartakisten zu Gefängnisstrafen von weniger als drei Jahren oder zu Geldstrafen. Ein Münchner Volksgericht sprach nach Niederschlagung der Räterepublik Todesurteile gegen deren Anführer aus. Letztlich verhinderten die zuverlässigen und

auf die Notwendigkeit der Zeit eingestellten Freikorpskämpfer durch ihren Einsatz für die neue Regierung eine bolschewistische Räteherrschaft und schufen damit die Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung im Deutschen Reich.



Minenwerfer, Kommunisten am Münchener Stachusplatz

„Einordnung“

Die vor allem in der angelsächsischen Literatur vorgenommene Einordnung der Freikorps als Vorhut Hitlers ist sachlich falsch, da es keinen geschlossenen Einsatz eines Freikorps zur Unterstützung des Nationalsozialismus gegeben hat. Denn die Freikorps waren alle vorher aufgelöst worden und die NSDAP war zu dieser Zeit noch bedeutungslos. Vielmehr hat erst die SA als paramilitärischer Verband die Straßen für den Nationalsozialismus gegen die Kommunisten und demokratischen Parteien freigekämpft. Studentische Freikorpskämpfer waren auch keine Herolde des Nationalsozialismus, wie be-

hauptet. Vielmehr war die spätere Verstrickung mit dem Nationalsozialismus der von mir namentlich erwähnten Freikorpskämpfer gemessen an ihrer Gesamtzahl verschwindend gering.

Weiterhin ist anzumerken, dass führende Nationalsozialisten wie Martin Bormann, Rudolf Hess, Hans Frank oder Reinhard Heydrich zwar in Freikorps gekämpft hatten, dies geschah aber entweder in einem anderen Zeitraum oder an anderen Hochschulorten. Deshalb wurden deren Lebenswege nicht in die Untersuchung einbezogen.

Allen diesen Behauptungen ist gemeinsam, dass sie verallgemeinernd und ohne nachprüfbare Quellen getroffen wurden. Hinzu kommt, dass diese Autoren nicht schlüssig erläutern können, was für ein Kampfverband ein Freikorps nach der Novemberrevolution war und wie er sich zusammensetzte.

Für die Erörterung der Freikorpskämpfe unter studentischer Beteiligung werden die Studentenschaften von insgesamt acht Universitätsstädten (Berlin, Tübingen, Erlangen, München, Leipzig, Halle, Jena und Heidelberg) und sowie von fünf Technischen Hochschulen (Berlin-) Charlottenburg, Stuttgart, (Stuttgart-) Hohenheim, Braunschweig und München für den Zeitraum von der Novemberrevolution bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages untersucht. Dies war mehr als die Hälfte der seinerzeit über zwanzig Universitäts- und Hochschulstädte und entsprach somit ebenfalls ungefähr der Hälfte der 85.000 bis 100.000 Studenten im damaligen Deutschen Reich. In einigen dieser Hochschulstädte kam es zu schweren Kampfhandlungen unter (korporations-)studentischer Beteiligung.

Die studentischen Kampfeinsätzen reichten in der ersten Bürgerkriegsphase von Berlin über Stuttgart, Esslingen, Augsburg bis nach München zur Niederschlagung der dortigen Räterepublik. Erwähnenswert ist, dass die studentischen Freikorpskämpfer zumeist korporiert waren, da sich die Nichtkorporierten nicht unbedingt nach einem Einsatz drängten.

Die Studenten hatten unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus dem Felde an die Universitäten und Hochschulen unter den schwierigen Bedingungen nach der Novemberrevolution unverzüglich ihr unterbrochenes Studium fortgesetzt oder es gerade erst begonnen. Die Korporationen nahmen den Couleurbetrieb unverzüglich wieder auf. Dabei bewahrten sie ihre überkommenen

Grundsätze und – allen Kriegserlebnissen mit Entbehrungen aller Art, Verwundung und Kriegsgefangenschaft zum Trotz – ihre Vaterlandsliebe und ihre Uneigennützigkeit. Bemerkenswert ist auch ihr Willen zum Kampf gegen den Bolschewismus. In eine Beurteilung des Verhaltens der Studentenschaft ist ferner einzubeziehen, dass viele Studenten bis zu vier Jahren im Krieg gewesen waren und kaum aus dem Krieg heimgekehrt – wie beispielsweise die Berliner und Stuttgarter Studenten – sogleich nach ihrer Heimkehr wieder an den dortigen Januarkämpfen teilnahmen.

Die Studenten wählten Allgemeine Studentenausschüsse, die wie in Stuttgart oder München sogar tatkräftig an der Hochschulreform mitarbeiteten. Andererseits waren die Studenten zusammen mit ihren Professoren immer auf die Wahrung ihrer akademischen Freiheit bedacht und widersetzten sich wie in Berlin, Erlangen oder Leipzig nachdrücklich gegen Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte.

Sozialistische Studenten in der Minderheit

Einige nichtkorporierte Studenten gründeten in Berlin, München, Tübingen und Jena unmittelbar nach der Novemberrevolution kurzlebige sozialistische Studentengruppen, die zumeist „inter-sozialistisch“ ausgerichtet waren, weil ihnen Mitglieder oder Anhänger aller sozialistischen Richtungen angehörten. Doch mit den örtlichen Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaften hatten sie wie die in Tübingen unter Führung des Reserveleutnants und Freikorpskämpfers Carlo Schmid, später Juraprofessor, Mitglied des Parlamentarischen Rates und Bundesratsminister, nur etwa zwei Semester bestehende kleine sozialistische Studentengruppe jedoch kaum Gemeinsamkeiten. Sie befassten sich mehr akademisch mit dem Sozialismus.

Radikale sozialistische und zu Gewalttaten neigende Studenten gab es an den untersuchten Hochschulen nur in Berlin und München. In Berlin versuchte eine radikale Gruppe von etwa 30 bis 40 Personen die Führung der Universität an sich zu reißen und nahm sogar den Rektor und drei Professoren als Geiseln. Die Physiker Albert Einstein und Max Born sowie der Psycho-

loge Max Wertheimer erwirkten persönlich bei dem Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, die Freilassung der Geiseln. Nach wenigen Tagen wurden die linksradikalen Studenten von der übergroßen Mehrheit der andersdenkenden Studentenschaft wieder verdrängt.



Barrikade, Freikorps in Berlin

In München hatten unmittelbar nach der Revolution AStA-Wahlen stattgefunden. Sozialistische Studenten spielten keine Rolle. Dennoch forderte eine zahlenmäßig unbedeutende „Gruppe sozialistischer Akademiker“ die Einsetzung eines revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates als oberste Verwaltungs- und Disziplinarinstanz zur politischen Kontrolle der Universität, zur Vorbereitung einer „schleunigen Sozialisierung“ und eine gründliche Reform der Hochschulen. Für alle Studenten sollte eine Vorlesung über den Sozialismus verpflichtend sein. Mit Ausrufung der Räterepublik am 7. April 1919 verdrängte ein dreiköpfiger „Revolutionärer Hochschulrat“ aus der „Gruppe sozia-

listische Akademiker“ der Universität den freigewählten Studentenrat, weil er „allgemeine Vollmachten in Universitätsangelegenheiten“ beanspruchte. Er besetzte die Universität, ließ sie sofort schließen, hob die bisherige Universitätsverfassung auf und zog auf dem Gebäude die rote Fahne auf. In seinem sozialistischen Programm verlangte er die Umwandlung der „Klassenuniversität“ in eine Volksbildungsanstalt.

Insgesamt können für die gesamte Dauer der Weimarer Republik den sozialistischen Studentengruppen lediglich weniger als 1% der Studentenschaft zugeordnet werden. Bei AStA-Wahlen gewannen sie wie in Jena in diesem Zeitraum

nur einige Sitze. Höchstens 5% der Studenten gehörten Hochschulgruppen einer politischen Partei der Weimarer Republik an. Letztlich lösten sich alle sozialistischen Gruppen spätestens bis zum Sommer 1919 aus Enttäuschung über ihre Erfolglosigkeit oder wegen innerer Streitigkeiten und Spaltungen wieder auf.

Weitere Entwicklung nach der Revolution

Insgesamt kämpften etwa 3.000 Studenten der untersuchten Hochschulorte in Freikorps oder dienten in der Technischen Nothilfe. Davon werden etwa 200 namentlich erwähnt. Darunter befinden sich 25 später im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit beruflich herausragende (korporations-)studentische Freikorpskämpfer. Vierzehn Freikorpskämpfer gehörten der NSDAP an. Davon waren zehn führend im Justizdienst oder in der öffentlichen Verwaltung tätig. Drei von ihnen verhinderten bei Kriegsende die Zerstörung ihrer Wohnorte. Gegen neun Freikorpskämpfer wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Entnazifizierungsverfahren eingeleitet. Einer wurde im „Nürnberger Juristenprozeß“ als einer von drei Sonderrichtern angeklagt. Da die Akten der von ihm geführten Prozesse bei einem Luftangriff vernichtet worden waren, wurde er freigesprochen, kam aber in ein Internierungslager. Im Entnazifizierungsverfahren stufte ihn die Spruchkammer 1948 als „Hauptschuldigen“ ein. In letzter Instanz wurde er zu sechs Jahren Arbeitslager und weitgehender Vermögenseinziehung verurteilt. Außerdem wurden ihm Berufsbeschränkungen auferlegt. Einer wurde als Hauptbelasteter angeklagt, beging Selbsttötung und wurde posthum freigesprochen, zwei wurden als minderbelastet, einer als Mitläufer, zwei als entlastet und einer als nicht belastet eingestuft. Zwei mussten sich keinem Entnazifizierungsverfahren unterziehen. Einer konnte als Leiter der Einsatzgruppe A nicht mehr belangt werden, da er bereits 1941 an den Folgen einer Verwundung verstorben war.

Ein hochrangiger Jurist wurde als Leiter des Militärverwaltungsstabes in der Militärverwaltung in Belgien und Nordfrankreich nach dem Krieg in Belgien zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Auf Betreiben von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (1876-1967, u. a. K.St.V. Arminia Bonn im KV, Zentrum/CDU) wurde er alsbald begnadigt.

Hinsichtlich einer politischen Betätigung für die NSDAP ist von den anderen vermutlich keiner über den Status eines Mitläufers hinausgekommen, da sie nicht in den einschlägigen Verzeichnissen erwähnt werden.

Als Beispiele für beruflich herausragende studentische Freikorpskämpfer, die sich ablehnend zum Nationalsozialismus verhalten haben, werden der erste Bundeswohnungsbauminister nach dem Zweiten Weltkrieg, Eberhard Wildermuth, FDP, der Bundesratsminister Prof. Dr. Carlo Schmid, SPD, der Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann, SPD, und der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Ernst Lemmer, CDU, genannt. Mehrere Theologen, darunter der spätere württembergische Landesbischof D. theol. Martin Haug und Martin Niemöller, Kapitänleutnant und U-Boot-Kommandant des Ersten Weltkrieges, 1920 Führer des III. Bataillons der Akademischen Studentenwehr Münster, waren Verfolgte des Nationalsozialismus und mussten sich mehrmals Verhören der Gestapo unterziehen.

Von den namentlich erwähnten 45 radikalen sozialistischen Anführern mussten 16 für ihre politischen Anschauungen oder revolutionären Taten mit dem Tode büßen, 8 von ihnen sogar nach vorheriger Haft. Weitere 17 mussten eine Haftstrafe absitzen, davon konnten sich 7 durch Emigration einer weiteren Verfolgung entziehen. Lediglich sechs von ihnen entgingen einer Bestrafung. Mehrere Kommunisten verbargen ihre

wahre Identität hinter Decknamen, weil sie weiterhin im Untergrund tätig waren.

Kommunisten, die nach Ende der revolutionären Kämpfe bei ihren Gesinnungsgenossen in der UdSSR sicheren Unterschlupf gesucht hatten, wurden bei Abweichen von der Parteilinie un-nachsichtig mit Haft oder Hinrichtung bestraft. Auch in der Münchener Räterepublik wurden politisch missliebige Anführer von ihren Gesinnungsgenossen entweder beseitigt oder durch ein Revolutionstribunal zum Tode verurteilt. Da die Urteile sofort vollstreckt wurden, konnten Justizirrtümer nicht mehr berichtigt werden.

Andere Kommunisten, die später nicht von der offiziellen Parteilinie abwichen, erreichten hingegen herausragende berufliche Stellungen in der sowjetischen Verwaltung und in der DDR. Einer brachte es bis zum stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Andere machten in der DDR ohne entsprechende Voraussetzungen sogar eine akademische Karriere. Bemerkenswert ist ferner, radikale Kommunisten betätigten sich auch unternehmerisch und wurden sehr wohlhabend.

Die (Korporations-)Studenten aus Berlin, Stuttgart, Tübingen, Erlangen und anderen Hochschulorten wurden von der Republik gerufen und kämpften in Freikorps oder dienten in der Technischen Nothilfe „opferbereit für das Gemeinwohl gegen gesellschaftliches Chaos und politische Unordnung“, um ein bolschewistisches Räteregime zu verhindern und die Einheit des Reiches und damit den Erhalt der noch jungen Weimarer Republik zu bewahren. Es scheint, dass sie in ihrer Vaterlandsliebe und Uneigennützigkeit von der politischen Führung ausgenutzt wurden und bis in die heutige Zeit Schmähungen und Undank hinnehmen mussten. Letztlich ist ihr Einsatz für die Weimarer Republik vergeblich geblieben.

Bernhard Schroeter, Gerufen von der Republik. (Korporations-)studentische Freikorpseinsätze von der Novemberevolution bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages, Teilband 5/I, Von Berlin bis München, Teilband 5/II, Der mitteldeutsche Aufstand, zus. 1051 S., über 100 Karten, Photos und Zeichnungen, Marl 2026.

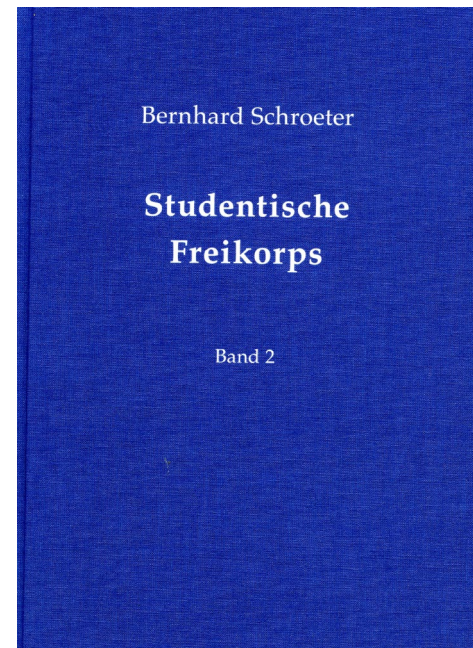
◇◇◇

Subskriptionspreis bis 31. 12. 2026

Euro 35,-

Späterer Ladenpreis Euro 48,-

GDS-Mitgliederpreis Euro 39,-

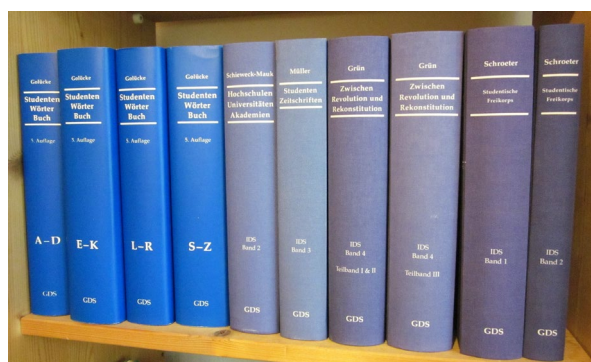


◇

Veröffentlichungen des IDS

Die Bücher der IDS-Reihe sind zum ermäßigten Mitgliederpreis zu beziehen über die GDS-Geschäftsstelle in 45757 Marl, Postfach 20 01 33, Internetanschrift: www.gds-web.de.

Ausführliche Besprechungen aller drei Werke von Klaus Zacharias finden sich im Studentenkurier 1/2024.



Band 1 (4 Teilbände), Friedhelm Golücke, Studentenwörterbuch, Das akademische Leben von A-Z, 5. völlig überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Ganzleinen, Essen: Akadpress 2018, zus. 2100 Seiten, Ladenpreis: Euro 165,00, GDS-Mitgliederpreis Euro 99,00. Das Lexikon umfasst rund 13 000 Stichwörter und 22 000 Literaturhinweise.

Band 2, Siegfried Schieweck-Mauk, Hochschulen, Universitäten, Akademien und ihre Vorläuferanstalten im deutschen Sprachraum. Mit Erläuterungen und Eckdaten, Ganzleinen, Federsee-Verlag Bad Buchau 2023, 600 Seiten, Ladenpreis: Euro 38,00, GDS-Mitgliederpreis: Euro 29,00. Es werden insgesamt 323 Städte mit 861 Standorten genannt.

Band 3, Carsten Müller (Bearb.), Studentenzeitschriften. Bestand der Zeitschriften, Periodika und Reihen im Institut für deutsche Studentengeschichte im Stadt- und Kreisarchiv Paderborn, Ganzleinen, Federsee-Verlag Bad Buchau 2023, 525 Seiten, Ladenpreis: Euro 34,00, GDS-Mitgliederpreis: Euro 26,00.

Der Band bietet einen Überblick über den Bestand der 2.700 im Institut befindlichen Zeitschriften, die teilweise vollständig sind, teilweise nur wenige Nummern umfassen.

Band 4, Bernhard Grün, Zwischen Revolution und Rekonstitution. Die Kameradschaften des NSDStB und Altherrenschaften im NS-Altherrenbund 1937 bis 1945;

Teilband I & II: Bereiche BERLIN und OSTLAND, Ganzleinen, Federsee-Verlag Bad Buchau 2024, 636 S., Ladenpreis: Euro 38,00/ GDS-Mitgliederpreis: Euro 29,00.

Teilband III: Bereich NORD, Federsee-Verlag Bad Buchau 2025, 692 Seiten, Ladenpreis: Euro 38,00/ GDS-Mitgliederpreis: Euro 29,00.

Das auf mehrere Bände angelegte Werk arbeitet systematisch die Geschichte von fast 1.400 Kameradschaften des NSDStB und ihrer Altherrenschaften im NS-Altherrenbund an den Hochschulen und Höheren Fachschulen zwischen 1937 bis 1945 auf. Dabei stellt das Phänomen der vielerorts auftretenden Rückbesinnung auf die Prinzipien des Korporationsstudententums trotz Bemühens der Reichsstudentenführung um ideologische Gleichschaltung und Instrumentalisierung für Kriegszwecke eine in ihrem Ausmaß bislang völlig unterschätzte Entwicklung dar. Die bisher erschienenen beiden Druckbände behandeln sämtliche Kameradschaften und Altherrenschaften in den Bereichen BERLIN (Berlin, Eberswalde etc.), OSTLAND (Breslau, Danzig, Königsberg, Posen etc.) und NORD (Braunschweig, Clausthal, Göttingen, Greifswald, Hamburg, Hannover, Kiel, Rostock etc.).

Band 5 (2 Teilbände), Bernhard Schroeter, Gerufen von der Republik. (Korporations-)studentische Freikorps-Einsätze von der Novemberrevolution bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages, Teilband 5/I: Von Berlin bis München, Teilband 5/II: Der mitteldeutsche Aufstand, zus. 1051 S., über 100 Karten, Photos und Zeichnungen, Marl 2026.

Bernhard Schroeter

Studentische Freikorps

Band 1

Absender:

Name.....

Straße.....

PLZ Ort.....

An die
GDS-Geschäftsstelle
Postfach 20 01 33
45757 Marl

Internet:
www.gds-web.de

Hiermit bestelle ich zum GDS-Mitgliederpreis

..... Expl. Friedhelm Golücke, Studentenwörterbuch. Das akademische Leben von bis Z, 4 Teilbände, Ganzleinen, Mitgliederpreis 99,- Euro statt 165,- Euro Ladenpreis

..... Expl. Siegfried Schieweck-Mauk, Hochschulen, Universitäten, Akademien und ihre Vorläuferanstalten im deutsche Sprachraum, Mitgliederpreis 29,- Euro statt 38,- Euro Ladenpreis

..... Expl. Carsten Müller, Studentenzeitschriften. Bestand der Zeitschriften, Periodika und Reihen im Institut für Deutsche Studentengeschichte, Mitgliederpreis 26,- Euro statt 34,- Euro Ladenpreis

..... Expl. Bernhard Grün, Zwischen Revolution und Rekonstitution. Die Kameradschaften des NSDStB und Altherrenschaften im NS-Altherrenbund 1937 bis 1945; Teilband I & II (Bereiche Berlin und Ostland), Mitgliederpreis 29,- Euro statt 38,- Euro Ladenpreis

..... Expl. Bernhard Grün, Zwischen Revolution und Rekonstitution. Die Kameradschaften des NSDStB und Altherrenschaften im NS-Altherrenbund 1937 bis 1945; Teilband III (Bereich Nord), Mitgliederpreis 29,- Euro statt 38,- Euro Ladenpreis.

..... Expl. Bernhard Schroeter, Gerufen von der Republik. (Korporations-)studentische Freikorps-einsätze von der Novemberevolution bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages, Subskriptionspreis bis 31.12.2026 35,- Euro statt ab 01.01.2027 48,- Euro Ladenpreis oder Mitgliederpreis 39,- Euro

Datum:

Unterschrift: